

Machen Sie Neustadt wieder großartig

Die Stadtregierung treibt Reformen voran

Förderdschungel oder Besitzstandsschutz?

Bundeskanzler Stocker will Österreichs Förderdschungel lichten. Milliarden sollen so frei werden, um die Wirtschaft anzukurbeln. Im ORF-Sommergespräch 2025 nannte er ein Beispiel: Photovoltaikanlagen seien mit Förderung teurer gewesen als ohne. Auch FPÖ-Chef Kickl verweist eine Woche später auf die gewaltige Dimension – 40 Milliarden Euro Fördervolumen, deren Sinnhaftigkeit überprüft werden müsse.

Doch nicht nur klassische Förderungen belasten die Steuerzahler. Es gibt auch versteckte Subventionen – Pflichtleistungen, die wie garantierte Einnahmequellen für bestimmte Branchen wirken. Ein Beispiel ist die gesetzlich vorgeschriebene Rauchfangkehrer-Wartung: Jeder Haushalt mit Rauchfang muss zahlen – unabhängig vom tatsächlichen Bedarf. Für das Gewerbe bedeutet das eine staatlich abgesicherte Einnahmequelle „auf Lebenszeit“, weil es keinerlei Steuerungsmechanismen gibt.

Die Ursache liegt in der rot-schwarzen Ära Faymann/Mitterlehner: 2015 wurde eine bewusst unklare Gewerbeordnung beschlossen, die es den Landeshauptleuten erlaubt, Höchsttarife nach Belieben festzulegen. Damit entstand eine „politische Rente“, die bis heute von den Sozialpartnern gedeckt wird. Das Absurde: Nur noch rund 18 % der Haushalte müssen tatsächlich gekehrt werden – und trotzdem werden weiterhin Lehrlinge in einem Beruf ausgebildet, dessen flächendeckender Anspruch längst überholt ist. **Wer soll dieser verschwenderischen Politik vertrauen?**

Besonders fatal: Die Digitalisierung wird bewusst blockiert. Die vorhandene Anlagendatenbank könnte für Brandschutz, Energieberatung oder präventive Wartung genutzt werden – doch sie verstaubt im Verwaltungsnebel. So werden Innovationen verhindert und Österreichs Digitalstrategie untergraben.

Der Förderdschungel endet also nicht bei klassischen Subventionen. Er reicht bis zu Besitzstandsschutz und Pflichtgebühren, die hunderttausende Haushalte belasten und jede Modernisierung verhindern. Wer es ernst meint mit Reformen, muss auch hier aufräumen.

Stillstand statt Fortschritt – Rauchfangkehrer-Reform als Lehrstück in Freunderlwirtschaft

2015 brachte die Liberalisierung des Rauchfangkehrer-Gewerbes die große Versprechung: mehr Wettbewerb, bessere Preise, flexiblere Dienstleistungen. Was kam, war das Gegenteil. Faymann/Mitterlehner verzichteten auf Kontrolle und Regulierung – und in Niederösterreich wurden Prüf- und Wartungstermine einfach zusammengelegt. Gemeinden führen keine systematischen Überprüfungen durch. Das Ergebnis: ein krasses Leistungsgefälle. Holzheizungen werden top betreut, während Gasheizungen nur zur Kasse gebeten werden. Feuerstättenbescheide oder Leistungsnachweise? Fehlanzeige – ein klarer Verstoß gegen den Konsumentenschutz.

Die von der Landeshauptfrau verordneten Einheitstarife verschärfen die Ungerechtigkeit. Eine Arbeiterfamilie mit Gastherme zB sponsert die Rechnung des Landgutsbesitzers mit Hackschnitzelanlage. In Summe zahlen NÖ-Gaskunden so jährlich 10 Millionen Euro mehr als notwendig.

Ein **Hybridmodell** wäre die Lösung: freie Wahl des Unternehmens für Wettbewerb und Innovation, kombiniert mit einheitlicher Kontrolle durch die Behörden für Sicherheit und Brandschutz nach dem Stand der Technik.

Doch stattdessen wird Besitzstandsschutz betrieben. Alte Konzessionen blockieren Service-Innovationen wie Fernwartung per Brandmelder, zustandsorientierte Wartungsverträge oder Komplettservice durch den Heizungsbetreuer. Die Produktivität leidet: Arbeitnehmer verlieren Arbeitszeit, nur um den Rauchfangkehrer hereinzulassen.

Das größte Innovationshemmnis bleibt die NÖ-Anlagendatenbank. Anstatt Daten für präventive Wartung, Brandschutzplanung oder Energieberatung zu nutzen, verschwinden sie im Verwaltungsnebel. Damit blockiert Niederösterreich nicht nur moderne Smart-Building-Services, sondern torpediert die österreichische Digitalisierungsstrategie.

Die Lehre ist klar: Die Liberalisierung hätte ein Aufbruch sein können – geworden ist sie ein Symbol für Freunderlwirtschaft und Reformunwillen.

Jetzt liegt es an der Stadtregierung. Mit dem Furlani-Plan hat Neustadt die Chance, technologisch eigenständig voranzugehen. Nutzt sie diese Gelegenheit nicht, bleibt sie das Sinnbild dafür, dass Freunderlwirtschaft in Österreich keine Ausnahme, sondern Haltung ist.

Mit Respekt und Zuversicht,

Walter Linshalm